

# DIE LINKE-IMPULSE

Zeitung des Kreisverbandes Märkisch-Oderland

## „Keine neuen Tagebaue“

**Jede Unterschrift zählt – am besten gleich!** Das Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue - für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ braucht 80.000 Unterstützerunterschriften. Deshalb bitte ich alle Mitglieder, Sympathisanten und Freunde der LINKEN in ihrem zuständigen Meldeamt, ihre Unterschrift zu leisten.



Und am besten gleich heute, denn politisch am wirkungsvollsten sind wir, wenn wir möglichst schnell möglichst viele Unterschriften erzielen. Deshalb wartet bitte nicht lange – sondern unterschreibt noch HEUTE!

Und noch etwas: geht nicht allein! Wenn jeder Genosse, jede Genossin sieben weitere Unterstützer mitnimmt, nehmen wir die Hürde mit Sicherheit. Unter dem Motto „Wir sind ein Zehntausendstel“ kann jeder so einen wirksamen Beitrag leisten, damit am 9. Februar 80.000 Unterschriften zusammengekommen sind.

Es geht um einen mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung! Es geht um aktiven Klimaschutz!

Es geht um den Erhalt von vier Lausitzer Orten, die sonst der Kohle wichen müssten. Es geht um die Zukunft einer ganzen Region!

Thomas Nord  
Landesvorsitzender der LINKEN

[www.keine-neuen-tagebaue.de](http://www.keine-neuen-tagebaue.de)

### Wie und wo kann man unterschreiben?

Wenn Sie das Volksbegehren unterstützen wollen, können Sie ab 10. Oktober 2008 bis 9. Februar 2009, im Rathaus Ihrer Gemeinde Ihre Unterschrift leisten. Bitte vergessen Sie dabei nicht den Personalausweis!

Im Rathaus liegen für das Volksbegehren amtliche Eintragungslisten aus. Die Behörden können im eigenen Ermessen entscheiden, ob und in welchem Umfang zusätzliche Öffnungszeiten festgelegt und zusätzliche Eintragungsräume eingerichtet werden. Bitte fragen Sie in Ihrem Rathaus nach oder informieren Sie sich auf der Internetseite

Am Volksbegehren können sich alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen, die das 18. Lebensjahr vollendet, seit mindestens einem Monat ihren ständigen Wohnsitz im Land Brandenburg haben und nicht vom Stimmrecht ausgeschlossen sind. Das Eintragsrecht kann nur bei der Abstimmungsbehörde der Gemeinde ausgeübt werden, in der die alleinige Wohnung oder Hauptwohnung liegt. Die Behörde ist verpflichtet, vor jeder Eintragung die Eintragungsberechtigung zu prüfen. Mitzubringen ist daher ein gültiges Ausweispapier mit Lichtbild (Personalausweis, Reisepass, Führerschein u. ä.). Wie schon bei der Volksinitiative muss die

**2. Dezember, 9-18 Uhr**  
Aktionstag unseres Kreisverbandes

Eintragung den Namen, Vornamen, das Geburtsdatum, die Anschrift, die Unterschrift und das Datum der Unterschriftsleistung enthalten. Diese Eintragung kann nicht zurückgenommen werden.

*Wie kann man sonst noch helfen? Weitersagen!* Sprechen Sie Ihre Freunde und Bekannten auf das Volksbegehren an. Je mehr Menschen von dem Eintragungszeitraum von 10. Oktober 2008 bis 09. Februar 2009 wissen, umso größer ist die Chance, dass Brandenburg bald eine zukunftsfähigere Energiepolitik betreibt.

### Ich habe unterschrieben:

Ab dem 10.10.2008 haben alle BrandenburgerInnen für vier Monate die einmalige Chance in einem Volksbegehren mit ihrer Unterschrift gegen Neue Braunkohletagebaue zu stimmen.

Ich will mit meiner Unterschrift verhindern, dass eine ganze Region mit vielen Dörfern und einmaligen Naturschutzgebieten unwiederbringlich den Baggern zum Opfer fällt.

Zudem ist Kohle der schmutzigste und ineffizienteste Energieträger überhaupt. Die Verbrennung von Braunkohle zerstört das Klima und setzt unermessliche Mengen von CO<sub>2</sub> frei.

Helga Burgahn

### In dieser Ausgabe:

- Keine neuen Tagebaue ..... Seite 1
- Einladung zur Gesamtmittgliederversammlung am 15.11.2008 ..... Seite 1
- Für eine neue Energiepolitik ..... Seite 2
- Dezentrale Energieversorgung hilft Klimaschutz und schafft Arbeit vor Ort ..... Seite 2
- Warum waren wir bei den Kommunalwahlen so erfolgreich? ... Seite 2
- Aktuelles aus dem Landtag ..... Seite 3
- Ich habe Uta Barkusky gewählt .. Seite 3
- Quo vadis Landeslehrstätte Lebus? ..... Seite 4
- Informatives ..... Seite 4

### Einladung

Am **15. November 2008** findet in Strausberg im Klub am See die


#### 3. Gesamtmittgliederversammlung

des Kreisverbandes Märkisch- Oderland der Partei DIE LINKE statt.

Die Versammlung beginnt 09. 00 Uhr. Alle im Kreisgebiet wohnenden Mitglieder der Partei sind dazu herzlich eingeladen.

Tagesordnung:

1. Referat des Kreisvorsitzenden zur Auswertung der Kommunalwahlen 2008
2. Diskussion zum Referat und Redebeiträge von Dagmar Enkelmann, Kerstin Kaiser und Dieter Schäfer
3. Wahl der Wählervertreter für die Landeswählervertreterkonferenz zur Bestimmung der Kandidaten auf der Landesliste zur Landtagswahl 2009
4. Wahl der Wählervertreter für die Landeswählervertreterkonferenz zur Bestimmung der Kandidaten auf der Landesliste zur Bundestagswahl 2009
5. Wahl der Wählervertreter für die Bundeswählervertreterkonferenz zur Bestimmung der Kandidaten zur Europawahl
6. Wahl einer Bewerberin/ eines Bewerbers für die Landesliste Platz 2- 20 für die Landtagswahl

  
Bernd Sachse  
Kreisvorsitzender

## Nachhaltige Energiepolitik ist Klimaschutz

### Für eine neue Energiepolitik

Energiepolitisch hat Brandenburg ein Doppelgesicht:

Einerseits profilierter Standort für alternative Energien, Solarwirtschaft und Windräder – andererseits großer Erzeuger von Braunkohle-Strom mit riesigen Kraftwerken, gewaltigen Rauchwolken und enormen Landschaftsverbrauch.

Im Juli wies der brandenburgische Landtag mit der Koalitionsmehrheit die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue!“ ab. Sind jetzt alle Messen gesungen? Nein.

Die Volksinitiative hat bereits einen wichtigen Erfolg erzielt: Sie hat dem Unbehagen von etwa 60 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger gegenüber der für Umwelt, Landschaft und Heimat schädlichen Braunkohle-Verstromung Gehör und politisches Gewicht verschafft. Die LINKE hatte dazu nicht nur durch die Unterstützung der Volksinitiative beigetragen, sondern auch dadurch, dass sie im Mai einen landesweiten Energiedialog angestoßen hat.

Die Anregung stieß auf Interesse: Vattenfall ließ Gesprächsbereitschaft erkennen, mittlerweile gab es ein erstes Spitzentreffen mit unserem Fraktionsvorstand. Wissenschaftler wie auch Bündnispartner der Volksinitiative plädierten für den Dialog.

Und auch von SPD- und Regierungsseite war vorsichtiges Interesse spürbar.

Schnell wurde deutlich, dass unabhängig von Zustimmung oder Ablehnung zur Volksinitiative über deren Anliegen hinaus die Energiestrategie des Landes insgesamt (wie

auch der umweltpolitische Maßnahmenkatalog) Gegenstand einer öffentlichen Verständigung sein müssen.

Gut so: Die Zukunft der Braunkohle und der Energieversorgung war damit aus der Aktenablage der Landesregierung heraus geholt.

Nun steht auf dem Prüfstand, ob tatsächlich wieder Dörfer abgebaggert werden müssen – obwohl der ehemalige Ministerpräsident Stolpe seinerzeit das Gegenteil versprochen hatte. Wie Brandenburg verbindlich beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß mit den internationalen Vereinbarungen Schritt halten kann. Wie unser Land der Absicht auch der Bundesregierung gerecht werden kann, bis

2050 die Energiegewinnung aus Braunkohle auf ein Rest-Minimum zu senken bzw. völlig einzustellen.

Es geht um eine neue Energiepolitik – getragen von stabilen Mehrheiten. Eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit und günstige Preise mit Klimaschutz und Bewahrung der Heimat verbindet, die Innovationen anregt und notwendigen Wandel sozial verantwortungsbewusst gestaltet.

*Kerstin Kaiser,*

*Fraktionsvorsitzende im Landtag*

[www.dielinke-fraktion-brandenburg.de](http://www.dielinke-fraktion-brandenburg.de)

**Vertreter der Landtagsfraktion, Kreistagsfraktionsvorsitzende und interessierte BürgerInnen aus unserer Region zu einem Arbeitstreffen am 17.10 und 18.10.08 in Oldenburg bei EWE.**



### Dezentrale Energieversorgung hilft Klimaschutz und schafft Arbeit vor Ort

*Erfahrungsaustausch von Kommunalpolitikern aus MOL*

Kommunen spielen beim Klimaschutz eine Hauptrolle, denn sie haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Nutzung erneuerbarer Energien. Darüber, was Kommunalvertreter in ihren Städten und Gemeinden tun können für erneuerbare Energien bis hin zur Rekommunalisierung von Versorgungsnetzen angesichts auslaufender Konzessionsverträge tauschten kürzlich interessierte Bürgerinnen und Bürger in Hoppegarten ihre Erfahrungen aus.

Zu diesen ersten Runden Tisch hatten die Politiker der Partei DIE LINKE, die Landtagsabgeordnete Renate Adolph, der Bürgermeister von Fredersdorf-Vogelsdorf, Uwe Klett, und der Vorsitzende des Kreisverbandes Märkisch Oderland der Partei, Bernd Sachse, eingeladen.

Angesichts von Klimawandel, zunehmender Knappheit fossiler Ressourcen und ständig steigender Energiepreise waren sich die Gesprächspartner einig: Ein Umdenken und Umsteuern in der Energiepolitik ist notwendig.

In Städte und Gemeinden könnten vor allem

wegen der Bürgernähe vorhandene Potenziale gut erkannt und breit genutzt werden.

Zahlreiche Anregungen erhielt die Runde vom Projektleiter BARUM Energie, Karl-Heinz Assmann. Im Nachbarkreis Barnim ist man im Vergleich zu Märkisch Oderland schon sehr weit bei der Durchsetzung konkreter Zielstellungen für Energieeinsparung und der Anwendung dezentraler Energieversorgung. So hat der Kreis eine Energieagentur gegründet. Hier beraten drei Fachleute Kommunen und Investoren, informieren über Fördermittel von Bund und Land und fertigen Potenzialanalysen. Der Landkreis hat das Projekt BARUM Energie als Schwerpunktprojekt der kreislichen Entwicklung definiert. Er will bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 halbieren und sich zu mehr als 50 Prozent mit Strom und Wärme aus EE bedarfsgerecht versorgen.

Uwe Klett und Bernd Sachse berichteten von ihrem Erfahrungsbesuch in Prenzlau, wo man ebenfalls schon sehr weit bei der Einführung Erneuerbarer Energie ist und bereits die Kommunalisierung der Stromnetze ins Auge fasst.....

*mehr unter [www.renate-adolph.info](http://www.renate-adolph.info)*

*Renate Adolph,  
verbraucherpolitische Sprecherin  
der Landtagsfraktion*

### Warum waren wir bei den Kommunalwahlen so erfolgreich?

In einer ersten Einschätzung dazu stellte der Kreisvorsitzende bei der Beratung des Kreisvorstandes mit den Vorsitzenden der Gliederungen des Kreisverbandes fest:

Grundlagen für den Erfolg waren

- engagiert geführter Wahlkampf auf allen Ebenen durch die Mitglieder unserer Partei, die Sympathisanten und Kandidaten
  - rechtzeitige Kandidatensuche
  - gewinnen von Parteilosen für die Kandidatur auf der offenen Liste
  - gewinnen von Kandidaten in Gemeinden ohne eigene Basisgruppe
  - logischer Aufbau der Kampagne, anwendbar und flexibel
  - Gewährleistung der Finanzierung des Wahlkampfes bei prinzipieller Einhaltung des Etats
  - zuverlässiger und flexibler Partner (Fortuna-Werbung) bei der Herstellung und Verteilung von Werbematerialien
- Eine detaillierte Auswertung wird auf der Gesamtmitgliederversammlung am 15. November erfolgen.“

*Wolfram Wetzig*

## Aktuelles aus dem Landtag

Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Aktuellen Stunde im Landtag am 16.10.2008:

»18 Jahre lang konnte man hier besichtigen, was Neoliberalismus pur bedeutet: Marktradikalität ohne Wenn und Aber, »Marktbereinigung« um reale und potenzielle Konkurrenten, Niedriglohnpolitik, Massenarbeitslosigkeit, Niedergang ganzer Regionen.«

### Märkische Einsichten

18 Jahre

Land Brandenburg – 18 Jahre deutsche Einheit: Für die CDU war diese rechnerische Volljährigkeit Anlass für eine Aktuelle Stunde. Für uns hieß der An-



spruch: Nicht Verklärung, sondern Aufklärung – und zwar sowohl beim Blick auf die Zeit vor 1989 als auch auf die nach 1989. Damit unterschieden wir uns nicht nur von den Fraktionsvorsitzenden der Koalition – die Herren argumentierten auch sichtlich ins Leere. Dabei hätte z. B. ein Blick in unser breit diskutiertes Leitbild für Brandenburg genügt, um sich daran zu erinnern, dass schon am Anfang unserer Parteilsgeschichte die Erkenntnis stand: der letztlich tödliche Konstruktionsfehler des Staatssozialismus auch in der DDR, war sein undemokratischer Charakter. Und ein weiterer Blick ins Leitbild oder auch nur ins wirkliche Leben hätte gezeigt: Keine Linke, kein Linker übersieht die Leistungen, die in Brandenburg seither erbracht wurden.

Wir freuen uns über eine gute Infrastruktur, über neue und alte Unternehmen, die Menschen gute, existenzsichernde Arbeit geben, über modernisierte Kitas, Seniorenheime und Krankenhäuser, über die verbesserte Umweltsituation, eine leistungsfähige Landwirtschaft, schöne Innenstädte. Schließlich sind wir selbst Beteiligte dieser Leistungen – im Alltag, in den Kommunen, im Landtag. Das alles ändert aber nichts an einer Tatsache: Wir begehen den Tag der Einheit immer noch in einem Land geteilter Realitäten.

Die Arbeitslosigkeit Ost ist weiterhin doppelt so hoch wie im Westen, der durchschnittliche Stundenlohn erreicht nur drei Viertel des Westniveaus. Auch der Rentenwert Ost liegt unter dem Rentenwert West. Nicht anders ist es bei Wachstum, Wirtschaftsleistung und Exportkraft. Die Einheit ist und bleibt also eine Aufgabe. An beiden Sitzungstagen hatte ein Umfrageergebnis die Debatten mit geprägt: 52% der Ostdeutschen gehen laut Super-Illu auf Distanz zu dieser Art Marktwirtschaft – auch vor dem Hintergrund der Finanzkrise.

Aber: Es muss doch Gründe haben, dass die Finanzkrise gerade bei den Ostdeutschen solche Wirkungen zeitigt, dass gerade die Ostdeutschen besonders um ihre Ersparnisse fürchten, dass gerade die Ostdeutschen die Stützung der Zocker-Banken mit Steuergeldern ablehnen.

Matthias Platzeck hatte sich in zwei beachtlichen Reden aus seiner

Sicht mit diesen Fragen auseinander gesetzt. Am Mittwoch stellte er sich gegen einen „entfesselten Kapitalismus ohne Leitplanken“, suchte nach einem Dritten Weg, bekannte sich zum demokratischen Sozialismus im SPD-Programm und sprach die Hoffnung aus, dass „die Phase des Neoliberalismus endgültig vorbei ist“. Am Donnerstag lieferte er nicht nur eine Kritik der DDR, sondern auch der Leistungen und Fehler der letzten 18 Jahre.

Aufmerksam haben wir die selbstkritischen Töne gehört – und hoffen, dass ihnen Taten folgen.....

Kerstin Kaiser,  
Fraktionsvorsitzende

(mehr unter <http://www.dielinke-fraktion.brandenburg.de>)

## Von einer Finanzkrise in eine Gesellschaftskrise ?

Ralf Christoffers

„Wir erleben gegenwärtig eine der größten Finanzkrisen des Kapitalismus. Ausgelöst durch leichtfertig vergebene, schlecht gesicherte US-Immobilienkredite, deren Refinanzierung nicht sichergestellt war.“

### DIE LINKE fordert:

#### Absicherung zentraler Aufgaben des Finanzsystems

- ausreichende und zinsgünstige Kreditversorgung,
- Anhebung des gesetzlich garantierten Einlagenschutzes
- Einrichtung eines von den privaten Finanzinstituten gespeisten Sicherungsfonds, in einem Umfang, der das Reagieren auf Finanzkrisen tatsächlich ermöglicht.

#### Beseitigung destabilisierender Praktiken

- drastische Reduzierung, ggf. Verbot von hochspekulativen Finanzinstrumenten,
- Eindämmung von Hedge-Fonds,
- Verpflichtung zu mehr Eigenkapital,
- Verbot von Aktienoptionen für Manager,
- Mindesthaltefristen für Aktienbeteiligungen des Managements,
- verschärfte Haftung von Managern.

#### Schritte zur mittelfristigen Reform des Finanzsystems

- internationales Kreditregister,
- weitgehende Beschränkung von Banken auf das Einlagen- und Kreditgeschäft,
- strenge Kontrolle des Investmentbankings,
- verschärfte Beschränkungen für kapitalgedeckte Altersvorsorge,
- Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung, Ersatz der privaten Rating-Agenturen durch öffentliche Bewertungsinstitutionen, die Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten prüfen und ihren Einsatz ggf. auch untersagen können,
- Schaffung einer europäischen Agentur zur öffentlichen Kontrolle der grenzüberschreitenden Tätigkeiten von Banken und Finanzinstitutionen für den europäischen Wirtschaftsraum, Zulassungspflicht für bestehende und neu entwickelte Finanzprodukte durch einen Finanz-TÜV,
- Transaktionssteuern auf den Handel mit Wertpapieren und Devisen.

## Herzliche Glückwünsche

### Dr. Uta Barkusky ist Bürgermeisterin von Müncheberg.

Mit diesem Ergebnis setzt sie den Schlusspunkt unter eine erfolgreiche Kommunalwahl.

Der Kreisverband Märkisch-Oderland wünscht Ihr für die kommenden Aufgaben als Bürgermeisterin viel Kraft, Erfolg und persönliches Wohlergehen.

### Ich habe Dr. Uta Barkusky gewählt,

weil ich sie als Mensch sehr schätze, und weil sie für all das steht, was ich in den 17 Jahren in Müncheberg schmerzlich vermisst habe:

- Fingerspitzengefühl beim Umgang mit staatlich vergebener Macht (gegen Mißbrauch von Macht gegen persönlich mißliebige Bürger über Ordnungsbescheide o.ä., Hilfestellung bei Problemen statt Machtdemonstration und Destruktion)
- Engagement für die Stadt und das Gemeinwohl (Innenstadtbelebung)
- Konzentration auf die Aufgaben des Bürgermeisters (gegen Ämterhäufung)
- Anstand (z.B. in der Frage: Kann man als Geschäftsführer sein eigener Aufsichtsrat sein ???)
- Transparenz bei der Auftragsvergabe

- Bescheidenheit im Auftreten / Ernstnehmen der Sorgen und Nöte der Bürger

Uta hat einen schweren Weg vor sich, sie braucht unser aller Unterstützung. Ich bin aber auch überzeugt, dass sie es mit ihrer Tatkraft, persönlicher Integrität und mit ihrem Charme packen wird.

Winfried Koppelow

### Unsere Abgeordneten (Nachtrag)

**Buckow:** DIE LINKE. 19,7 %, André Pawliczok, Willi Morre

**Rehfelde:** DIE LINKE. 20,9 %, Carsten Kopprasch, Gerhard Schwarz, Thomas Friedel

**Wriezen:** DIE LINKE. 20,64 %, Dirk Ruhmke, Dr. Dieter Richter, Siegfried Schwensow

## Bürgerbüros

**Dagmar Enkelmann - MdB**

15344 Strausberg, Wallstraße 8,  
Telefon: (03341) 30 39 84  
Fax: (03341) 30 39 85  
Mo. -Do. 9 - 16 Uhr  
Freitag nach Vereinbarung  
dagmar.enkemann@wk.bundestag.de  
www.dagmar-enkelmann.de

**Kerstin Kaiser - MdL**

15344 Strausberg, Wallstraße 8,  
Telefon: (03341) 49 77 11  
Fax: (03341) 30 39 85  
Mo. -Do. 8 - 16 Uhr  
info@kerstin-kaiser.eu  
www.kerstin-kaiser.eu

**Wolfgang Heinze - MdL**

15306 Seelow, Fichtenweg 4  
Telefon: (03346) 88 41 21  
Telefax: (03346) 88 41 59  
Mo. 8 - 10 Uhr  
und nach Vereinbarung  
info@wolfgang-heinze.eu

**Gerlinde Stobrawa- MdL**

16259 Bad Freienwalde, Grünstr. 8  
Telefon: (03344) 30 13 55  
nach telefonischer Anmeldung

**Renate Adolph - MdL**

15366 Hoppegarten, OT Hönow  
Mahlsdorfer Str. 61/HEP  
Telefon: (030) 99 27 47 49  
Telefax: (030) 99 27 47 43  
Mo., Mi., Do. 14 - 18 Uhr  
www.renate-adolph.info  
renate@adolph.de

## Geschäftsstellen

**Bad Freienwalde**

Grünstraße 8,  
16259 Bad Freienwalde  
Telefon/Fax: (03344) 34 66  
www.dielinke-frw.de  
Öffnungszeiten:  
Di. 9 - 12 Uhr

**Seelow**

Breite Straße 9,  
15306 Seelow  
Telefon/Fax: (03346) 417  
www.dielinke-seelow.de  
Öffnungszeiten:  
Mo. und Mi. 9 - 12 Uhr  
Di. 9 - 12 Uhr  
15 - 17 Uhr

**Strausberg**

Große Straße 76,  
15344 Strausberg  
Telefon: (03341) 31 17 96  
Telefax: (03341) 31 47 75  
Öffnungszeiten:  
Mo. bis Do. 8 - 12 Uhr

**Quo vadis  
Landeslehrstätte Lebus?**

Die Brandenburger Landesregierung betreibt derzeit die Landeslehrstätte für Natur und Umweltschutz in Lebus. Vor dem Hintergrund derzeitiger Planspiele und Diskussionen, die deutlich machen, dass die Zukunft der Landeslehrstätte Lebus ungewiss ist, nutzte der Landtagsabgeordnete Wolfgang Heinze (Die Linke) das Mittel der Kleinen Anfrage an die Landesregierung, um Auskunft darüber zu erlangen, welchen Kurs das Land Brandenburg hinsichtlich einer gesicherten Perspektive für diese Einrichtung plant einzuschlagen.

„Die Landeslehrstätte Lebus hat sich neben ihren Schwerpunktaufgaben in der Umweltbildung und -erziehung auch im Sinne der Begegnung vieler Generationen von Menschen links und rechts der Oder einen Namen gemacht. Gerade in der heutigen Zeit sind diese Themen von strategischer Natur. Auch wurden hier in den zurückliegenden Jahren für Kinder aus sozial schwachen

Familien Ferienaufenthalte ermöglicht. Diese Angebote werden sich sicher für die breite Masse der Bevölkerung künftig so nicht mehr nutzen lassen, würde man diese Einrichtung einem privaten Investor übereignen. Die Entlastung im Landeshaushalt mit dieser Strategie wäre ohnehin nur gering. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen in Sachen Natur-, Klima- und Umweltschutz hier in der Region, aber auch global, sollte die Landesregierung dies noch mehr als bisher als ihre Pflichtaufgabe sehen, optimale Rahmenbedingungen zu schaffen und solche Einrichtungen wie in Lebus zu stärken und auszubauen.

Alle Anstrengungen sollten sich darauf richten, nicht nur monetäre Erwägungen in die Beurteilung der Zukunftsfähigkeit dieser Einrichtung in Trägerschaft des Landes zu betrachten“ so Wolfgang Heinze. Für das Land und die Region sei eine solche profilierte Einrichtung unverzichtbar, so Heinze. Sobald die Antwort vorliegt, informiert IMPULSE.

Siehe auch [www.wolfgang-heinze.eu](http://www.wolfgang-heinze.eu)

**1,30 Euro**

von Gesine Lötzsch

...Der Bankangestellte der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der die Überweisung von 350 Mio. Euro an die bankrotte Bank zu verantworten hat, wurde in den vorzeitigen, gut bezahlten Ruhestand versetzt.

Die Kassiererin Barbara E., die 31 Jahre in einem Supermarkt gearbeitet hat, wurde fristlos entlassen, weil sie einen Pfandbon im Wert von 1,30 Euro angeblich falsch abgerechnet hat. Der begründete Verdacht gegen Barbara E. reichte dem Richter für eine Kündigung aus.

Den ganzen Artikel unter [www.dielinke-mol.de](http://www.dielinke-mol.de)

## Interessantes und Informatives

**Kultur und Kunst**

- **Geist, Witz und Poesie**  
„Aus Deutschland vertrieben-  
lebendig geblieben“  
75 Jahre nach der Bücherverbrennung erinnern wir an betroffene Autoren  
Wort und Gesang: Johanna Arndt  
Klavier: Christiane Obermann  
**9.11.**, Ballsaal, Strausberg,  
Große Straße 55, 19 Uhr
- **Kokott singt, spricht und spielt Heine**  
**22.11.**, Ballsaal, Strausberg,  
Große Straße 55, 20 Uhr

## Was? Wann? Wo?

**Ausstellung „Aus Nachbarn  
wurden Juden“**

- **Müncheberg**  
27.10. - 06.11., Haus des Heimatvereins Müncheberg, Mo-Sa 13-17 Uhr,
- **Seelow**  
08.11. - 21.11., Kreiskulturhaus  
Mo-Fr 13-17 Uhr,
- **Bad Freienwalde**  
24.11. - 05.12., Offi Bad Freienwalde, Mo-Fr 13-17 Uhr,

**Festl. Einweihung der Erinnerungs-  
stätte an die Synagoge Strausberg  
und Gedenken an die jüdischen Op-  
fer im II. Weltkrieg**

- **„Altes Stadthaus“** Strausberg  
09.11., 10 Uhr
- **„Der Überwachungsstaat BRD-vom  
Verlust der Freiheitsrechte“**  
• **Wolfgang Neskowic (MdB),**  
„Ballsaal“ Strausberg, **16.12.**, 19 Uhr

## Wichtige Termine

- **Redaktionssitzung „Impulse“**  
**12.11.** (Redaktionsschluss 19.11.)
- **AG Friedensfest**  
**25.11.** Auswertung 18. Friedensfest
- **Kreisvorstandssitzung**  
**1.12.** Strausberg, LINKS-Treff

## Impressum

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL  
Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg.  
Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwährend redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.  
Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.  
V.i.S.d.P.: Bernd Sachse, Tel.03341-303984  
Mail: [info@dielinke-mol.de](mailto:info@dielinke-mol.de)  
Redaktionsschluss: 24. Oktober 2008  
Layout u. Satz: Fortuna-Werbung, Seelow  
Fotos/Grafik: DIE LINKE. MOL, privat